

INHALT DER ACHTE

Ausgabe zur Bundestagswahl



Grassau

SPD

Trumerdogorban?

Nicht bei uns!

Wir leben im Paradies. Fast. Wir werden in einer Woche einen neuen Bundestag und damit auch ein neues Regierungsoberhaupt wählen. Es ist zu erwarten, dass es demokratisch zugehen wird und keiner der ernst zu nehmenden gewählten Volksvertreter sich aufführen wird, wie Donald Trump, Recep Erdogan oder Viktor Orban, welche sich Justiz, Medien und Verfassungsorgane zu Untertanen machen. Wir müssen nicht all die Ein- und Ausfälle dieser „demokratisch legitimierten“ Selbstdarsteller und Diktatoren gegen die eigene Bevölkerung ertragen. Daran gemessen leben wir im Paradies.

Gut, es gibt eine Partei, die versucht aus der Not von Menschen, die aus Ihrer Heimat zu uns geflohen sind, Stimmkapital zu schlagen. Die anders Denkende nach Anatolien „entsorgen“ möchte. Die behauptet umzusetzen, was die CSU eigentlich verspreche, aber nicht durchsetze. Wir erwarten, dass die Mehrheit der Wähler solche „braunen“ Ansichten - wie wir - für unerträglich hält. Wer so denkt, gehört nicht in den Bundestag.

Wir leben im Paradies freier Meinungsbildung. Wir schaffen es, nach einer demokratischen Wahl vor vier Jahren, eine stabile Regierung zu bilden, bei der dann der kleinere Partner die politische Agenda wesentlich bestimmt und fortschrittliche Entwicklungen durchgesetzt hat. Mindestlohn, Rente nach 45 Jahren, Lohngleichheit, Ehe für Alle sind die Stichpunkte. Lesen sie hierzu den Artikel „Versprochen - Gehalten“ auf Seite 5.

Wir, die SPD, haben uns viel vorgenommen. Einen Großteil der wichtigsten Punkte finden sie in der Tabelle auf Seite 4. Wir

In dieser Ausgabe

Trumerdogorban ?.....	1
Zeit für Martin Schulz.....	2
Mehr Zeit für Familie.....	2
Eine gute Rente.....	3
Bürgerversicherung.....	3
Impressum.....	3
Wichtige Punkte aus unserem Programm.....	4
Bärbel Kofler.....	5
Versprochen - Gehalten.....	5
Bezahlbarer Wohnraum.....	6
Einzelhandelskonzept.....	6
G'wissenswurm.....	7
Neubau eines Logistikzentrums.....	7
Neuer SPD-Vorstand.....	8
Rätsel.....	8

wollen mit einem Kanzler Martin Schulz dieses Land in Richtung von mehr Gerechtigkeit weiter entwickeln, ob es nun um Steuern, Rente oder Gesundheit geht. Schauen sie doch mal rein, in unser Programm, nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit und lesen Sie bei spd.de/standpunkte/regierungsprogramm nach, bevor Sie sich entscheiden.

Und vergessen Sie die Angst, die die sogenannten Alternativen Ihnen einreden wollen. Sie, liebe Leser, bestimmen die zukünftige Agenda dieses Landes und nicht die selbst ernannten „besorgten“ Bürger, „Identitären“ und wie sie sich auch immer nennen..

Zeit für Martin Schulz

Der SPD-Kanzlerkandidat

Martin Schulz will Bundeskanzler werden! Und viele Menschen finden das gut! Tausende sind in den vergangenen Monaten in die SPD eingetreten. Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zeit für Martin Schulz.

Das sagt Martin Schulz über sich:

„Was wurde mir nicht alles vorgeworfen? Dass ich kein Abitur habe, nie studiert und dass ich aus der Provinz komme. All diese Dinge sehe ich nicht als Makel, weil ich diese Zuschreibungen mit der Mehrheit der Menschen in unserem Land teile. Darum bewerte ich so manchen Angriff auf mich – der ‚Europa- und Kommunal-Fuzzi‘, der noch nicht mal Abitur hat – einfach nur als arrogant und total abgehoben.“

„Ich war 11 Jahre Bürgermeister einer Stadt mit 40.000 Einwohnern. Ich weiß, was los ist beim Arbeitsamt, bei der Polizei, beim Jugend- und Sozialamt, in den Schulen und Altenheimen, bei den Mittelständlern und kleinen Ladenbesitzern, bei Gewerkschaften, im Sportclub, in der lokalen Kulturszene und bei der Feuerwehr.“

„Die Partei der Höckes, der Gaulands und Petrys ist keine Alternative für Deutschland, sondern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik. Das Bollwerk gegen diesen wütenden Nationalismus hat drei Buchstaben: SPD! Wir machen den Rücken gerade und sagen den Radikalen den Kampf an!“

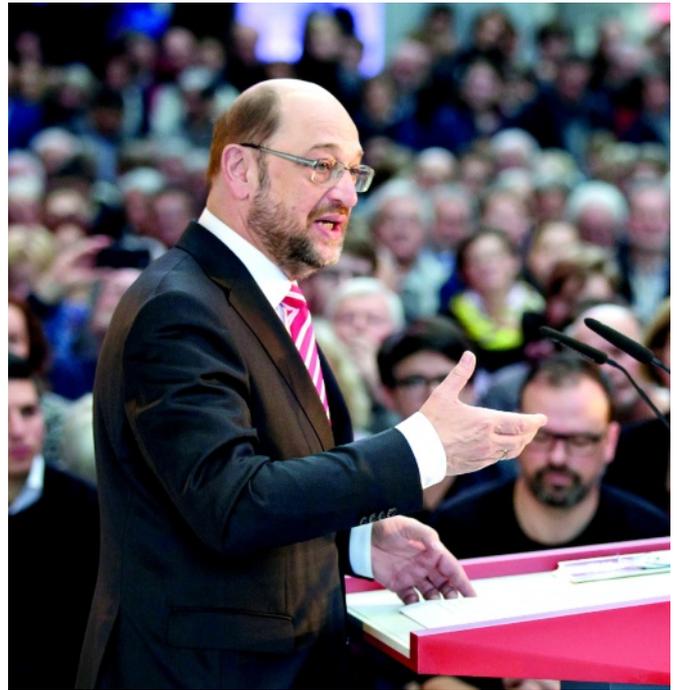
„Wenn wir locker Milliarden zur Rettung von Banken mobilisieren, aber der Putz in den Schulen unserer Kinder von der Wand bröckelt, dann geht es nicht gerecht zu. Das ist die Aufgabe der SPD: für Gerechtigkeit zu sorgen, Vertrauen aufzubauen und dadurch unser Land voranzubringen.“

Mehr Zeit für Familie

Arbeiten, zur Kita hetzen und die Kinder abholen, die eigenen Eltern betreuen und pflegen, wenn sie es brauchen. Essen machen, Hausaufgabenhilfe, mit den Kindern spielen, mit Freunden telefonieren, Gute-Nacht-Geschichten vorlesen, Mails beantworten und der Haushalt. Wer schafft das?

Eltern kleiner Kinder gehören heute einer Generation an, die oft einer Dreifachbelastung ausgesetzt sind: Sie begleiten ihre Kinder durch den Kindergarten, die Schule und bei ihren Freizeitaktivitäten, sie sind beruflich stark gefordert und kümmern sich teilweise auch noch um ihre betreuungsbedürftigen Eltern.

Die SPD will Müttern und Vätern mehr Zeit geben und es ihnen erleichtern, ihre Kinder beim Großwerden zu be-



Martin Schulz

Foto: Thomas Imo / phototek.net

gleiten und gleichzeitig Job, Partnerschaft, Freunde und Hobbys besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn es dazu noch erforderlich ist, die Betreuung der Eltern zu ermöglichen, durch Übernahme eines Teils der Pflege, so dass man mehr Zeit hat für die Familie.

Konkret heißt das:

Eltern jüngerer Kinder (jünger als acht Jahre), die beide zwischen 26 und 36 Wochenstunden arbeiten, sollen ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro monatlich erhalten. Je 150 Euro für die Mutter und für den Vater.

- Das Familiengeld sollen Mütter und Vätern bis zu 24 Monate lang erhalten.
- In den Genuss des Familiengeldes kommen natürlich auch Allein- oder getrennt Erziehende
- Wenn das Kind zwei Jahre alt ist, können sie entscheiden: ein weiteres Jahr Elternzeit, jedoch ohne staatliche Leistungen und ohne Berufstätigkeit beider Elternteile - oder zwei Jahre Familienzeit. Die Familienzeit kann auch in zwei Abschnitte geteilt werden und später in Anspruch genommen werden.

Familienarbeitszeit für Pflege

- Pflegefreistellung mit Lohnersatz: 3 Monate Auszeit vom Job für Pflege und ein Lohnersatz wie das Elterngeld. Nach der bisherigen zehntägigen Freistellung mit Unterstützung ist dies ein wichtiger nächster Schritt.
- Familiengeld für Pflege: Wer Arbeitszeit reduziert und 75 bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit (das entspricht je nach betrieblicher bzw tarifvertraglich geltender Vollzeit 26 bis 36 Wochenstunden) arbeitet, erhält 150 Euro monatlich für bis zu 24 Monate. Zwei Angehörige können dies in Anspruch nehmen.

Außerdem wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Grundschulkindern einführen – und gleichzeitig die Kita-Qualität verbessern. Weiter die Kita-Gebühren schrittweise abschaffen und Kinder im Steuerrecht besser berücksichtigen sowie Familien mit kleinen Einkommen gezielter unterstützen.

Eine gute Rente

Verlässlich

Das Rentenniveau liegt heute bei 48 Prozent. Wir wollen nicht, dass es weiter absinkt und werden dafür sorgen, dass es auf der jetzigen Höhe bleibt und das Eintrittsalter nicht weiter steigt. Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass der Beitrag zur Rentenversicherung für die Beschäftigten und Arbeitgeber nicht über 22 Prozent liegt. Das heißt: eine gute, verlässliche Rente ohne die jüngere Generation zu überfordern.

Gemeinsame Aufgabe

Um das zu schaffen, werden wir mehr Geld aus dem Steueraufkommen in die Rente geben. Auch auf längere Sicht funktioniert das, weil die Digitalisierung zusätzliche Produktivität bringt. Eine gute Rente für alle ist eben eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Ein starkes Fundament

Wir machen die gesetzliche Rente auf Dauer stärker. Das geht, wenn mehr Menschen ihren Beitrag leisten: zum Beispiel Selbständige, die noch nicht anders fürs Alter abgesichert sind. Und wir werden allen Müttern - und Vätern - durch noch bessere Kinderbetreuung mehr Möglichkeiten geben zu arbeiten, wenn sie es wollen. Dadurch und durch eine systematische Einwanderungspolitik verhindern wir außerdem den Fachkräftemangel. Auch das ist gut für die Rente. Und, ganz wichtig: eine starke Tarifbindung. Denn gute Löhne für alle bringen gute Renten!

Für eine gute Rente müssen wir an vielen Stellen ansetzen. Wir sagen: Das lohnt sich. Darum wollen wir einen neuen Generationenvertrag.

So schaffen wir das:

- mit der Solidarrente sorgen wir dafür, dass jeder nach einem langen Berufsleben eine Rente hat, die deutlich über der Grundsicherung liegt.
- Wir werden die Erwerbsminderungsrente noch weiter verbessern – für alle, bei denen die Gesundheit nicht mehr mitmacht.
- Selbstständige, die nicht anders fürs Alter abgesichert sind, werden wir in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung aufnehmen.

Wir haben die Betriebsrenten noch attraktiver gemacht – auch für Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen.

Wir haben die private Altersvorsorge einfacher gemacht und die Grundzulage bei der Riesterrente erhöht – das ist besonders gut für alle, die nicht so viel verdienen.

Wir haben eine vollständige Angleichung der Renten in Ost und West durchgesetzt. Damit wird die Deutsche Einheit bis 2025 endlich auch im Rentensystem hergestellt. Dafür haben wir seit Jahren gekämpft.

Bürgerversicherung

Für eine gerechte, gute Gesundheitsversorgung

Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, bei Krankheit bestmöglich versorgt zu sein. In der Gesundheitsversorgung wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Daher schaffen wir den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten ab. Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden wir automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Dazu zählen auch Beamtinnen und Beamte. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir auch eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte. Bislang werden Privatpatientinnen und -patienten oftmals bevorzugt, da ihre Behandlung höher vergütet wird. Das möchten wir beenden. Damit richtet sich die Vergütung medizinischer Leistungen nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind.

Auch das Thema „Pflege“ soll in der Bürgerversicherung enthalten sein. Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal, u.a. in Krankenhäusern ein. Deshalb wollen wir verbindliche Personalstandards umsetzen. Altenpflegerinnen und Altenpfleger sowie Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die mehr anerkannt werden muss. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

Impressum

Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Julian Denk
Tobias Gasteiger
Olaf Gruß
Dieter Hahn
Stefan Kattari

V.i.S.d.P.
Tobias Gasteiger
Oberdorf 17
83224 Grassau

Wichtige Punkte aus unserem Programm

Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wir schaffen die sachgrundlose Befristung ab. Beschäftigte sollen von guten Tarifverträgen profitieren. ■ Frauen und Männer sollen gleich viel verdienen. Und alle sollen das Recht haben, von Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. ■ Wir schaffen ein Recht auf Weiterbildung und führen ein Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q) ein. Zusätzlich erhalten alle ein Chancenkonto. ■ Besserer Schutz und mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte.
Rente	<ul style="list-style-type: none"> ■ Das Rentenniveau darf nicht unter 48% sinken – im Interesse der Rentnerinnen und Rentner. Die Versicherungsbeiträge sollen die Marke von 22% nicht überschreiten – im Interesse der Jüngeren. ■ Für Menschen, die trotz jahrzehntelanger Arbeit und Kindererziehung zu wenig Rente erhalten, schaffen wir die Solidarrente, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Das kommt auch vielen Frauen zugute. ■ Es bleibt bei der Rente mit 67. Keine weitere Erhöhung. ■ Wir holen Selbstständige in die Rentenversicherung.
Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. ■ Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen die Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen (Parität). ■ Wer sich erstmals versichert, kommt in die Bürgerversicherung. Wer privat versichert ist, kann in die Bürgerversicherung wechseln. ■ Wir brauchen mehr Hausärztinnen und Hausärzte und wollen die Notfallversorgung verbessern. Die Leistungen für Zahnersatz und Sehhilfen sollen steigen.
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gebührenfreiheit von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. ■ Für moderne Schulen, beste Ausstattung und genügend Lehrkräfte. Schluss mit dem Kooperationsverbot. ■ Mehr Zeit, um die eigenen Talente entdecken zu können. Deshalb: mehr Ganztagschulen, moderne Berufsschulen und gute Hochschulen. ■ Wir schaffen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in Kita und Grundschule. Das kommt auch Alleinerziehenden und Müttern zugute.
Steuern und Abgaben	<ul style="list-style-type: none"> ■ 42 % Steuersatz erst ab 60.000 € im Jahr (Ledige). Ab 2020 entfällt der Solidaritätszuschlag für Einkommen bis 52.000 € (Ledige). ■ 3 Prozentpunkte Reichensteuer ab 250.000 € (Ledige). ■ Weniger Sozialabgaben für Einkommen zwischen mtl. 451 € und 1.300 €. Beschäftigte und Unternehmen zahlen wieder zu gleichen Teilen den Beitrag zur Krankenversicherung. ■ Familien werden gezielt entlastet mit dem Kinderbonus (150 € pro Kind und Elternteil als Abzug von der Steuerschuld) und kostenfreier Kita.
Europa	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wir bringen ein mutiges Reformprogramm auf den Weg für mehr Zusammenhalt und Solidarität in Europa. ■ Europaweite Verkehrs- und Datennetze, moderne Bildungseinrichtungen und wirtschaftlicher Gründergeist sind für uns die Fundamente von Europas Zukunft. ■ Wir wollen einheitliche Steuerregeln für die EU. Steuern werden dort gezahlt, wo der Gewinn anfällt. ■ Gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Länder und ein europäisches Einwanderungsrecht.

Bärbel Kofler – unsere Bundestagskandidatin

Seit 2004 ist die gebürtige Freilassingerin im Deutschen Bundestag und hat sich in den letzten Jahren als eine Führungskraft innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion etabliert. Als Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe berät sie, angesiedelt im Auswärtigen Amt, die Bundesregierung u.a. in Menschenrechtsfragen weltweit. Sie ist außerdem Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

Davor hatte sich Bärbel Kofler als Entwicklungspolitikerin einen Namen gemacht und war zuletzt die entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Die promovierte Sprachwissenschaftlerin kann einen klassischen sozialdemokratischen Lebenslauf vorweisen: Nach der mittleren Reife und einer Lehre zur Bankkauffrau nutzte sie die Weiterbildungschancen des zweiten Bildungsweges, qualifizierte sich für ein Informatikstudium, das sie an der FH in Rosenheim abschloss um danach in Salzburg an der Universität Sprachwissenschaften zu studieren. Mit ihrer Doktorarbeit dort beendete sie ihre Ausbildung und war im Anschluss als Sprachlehrerin in Russland sowie an einer Zivildienstschule in Geretsried beschäftigt, bevor sie in den Bundestag einzog.

Für uns als SPD in Grassau hat sie jederzeit ein offenes Ohr und wir freuen uns immer, wenn sie zu Abendveranstaltungen, Wanderungen oder sonstigen Besuchen zu uns kommt. Sie beweist uns dabei immer wieder aufs Neue, wie geerdet und bürgernah sie geblieben ist.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Grassau, Rottau und Mietenkam,

am 24.09.2017 stelle ich mich zur Wahl als Bundestagskandidatin im Wahlkreis Traunstein.

Die SPD hat mit Martin Schulz die Person und mit ihrem Regierungsprogramm auch die Ideen, die Deutschland braucht, damit es in unserem Land wieder gerechter zugeht.

Ich will mich persönlich auch in Zukunft weiter dafür einsetzen, dass Familien in Deutschland ohne finanzielle Sorgen ihren Alltag gestalten können. Wir brauchen deshalb Entlastungen für Familien, aber auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb brauchen wir Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Universität für unsere Kinder und eine Reform unseres Steuersystems durch das mittlere und kleine Einkommen entlastet werden.

Die Rente muss sicher bleiben und das Rentenalter darf nicht steigen. Wir haben das Konzept, wie die Würde im Alter durch verlässliche Leistungen gesichert wird, ohne



Dr. Bärbel Kofler, MdB

Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung

die Entwicklungschancen der Jüngeren durch zu hohe Beiträge zu beschränken.

Wir haben für alle unsere Pläne, ob zur Rente, zu den Steuern, zur Entwicklung der Arbeit, zur Bildung oder zu unserer Zukunft in Europa konkrete Vorschläge. Deshalb bitte ich Sie, setzen Sie sich mit unserem Regierungsprogramm auf spd.de auseinander. Dort können Sie sich davon überzeugen, dass wir die richtigen Ideen für die Zukunft in Deutschland haben. Damit wir in einer Gesellschaft leben, die jedem Menschen respektvoll und mit Würde begegnet.

Ich möchte Sie daher bitten, der SPD und mir mit Ihren Stimmen bei der Bundestagswahl am 22. September Ihr Vertrauen zu schenken.

Ihre Bärbel Kofler

Versprochen - Gehalten

Selten zuvor hat der kleinere Partner in einer Koalition auf Bundesebene so sehr die Agenda bestimmt wie in den letzten 4 Jahren die SPD. Blieb seinerzeit von der FDP nur der Mehrwertsteuer-Erlass für Hoteliers in Erinnerung und von der CSU die Maut für Alle, hat die SPD auf breiter Front ihr Wahlprogramm umgesetzt. Zu theoretisch? Hier einige praktische Beispiele aus Grassau und Umgebung:

Der **Mindestlohn** betrifft zahlreiche Mitbürger, vielleicht auch solche, an die man zunächst gar nicht denkt: in Hotels und Gastronomie, bei den Reinigungskräften, die tagtäglich oft im Verborgenen schufteten, bei Friseurinnen und Friseuren oder im Einzelhandel. Jeder von uns begegnet jeden Tag Menschen, die vom Mindestlohn profitieren. Man mag kritisieren, dass der Mindestlohn immer

noch Lücken aufweist und nicht zur Gänze durchgesetzt wurde. Die Richtung stimmt aber, damit bei alle Betroffenen überhaupt irgendwann eine Rente herauskommt.

Rente nach 45 Jahren: Wer spätestens mit 18 zum Arbeiten angefangen hat, geht mit 63 Jahren ohne Abzüge in Rente. Wen betrifft das in Grassau? Fragen Sie doch einmal in Ihrem Bekanntenkreis, wer zum Beispiel bei Körting gearbeitet oder sogar gelernt hat? Aktuell betrifft dies ganz konkret all diejenigen rund um den Jahrgang 1954, die spätestens 1972 ihre Lehre begonnen haben.

Gleicher Lohn für Frauen und Männer ist lange überfällig. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit kann dank der Initiative der SPD nun immerhin in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern ihr Ende finden, denn die Betroffenen haben durch das Lohntransparenzgesetz nun erstmals die Möglichkeit, Auskunft über Lohnungerechtigkeiten zu erhalten – und diese abzustellen.

Bei der **Ehe für alle** war die Bevölkerung längst schon weiter als das Parlament. Denn während sich die Union im Bundestag lange vehement dagegen wehrte, dass auch lesbische und schwule Paare Verantwortung füreinander und für die Gesellschaft, in der sie leben, übernehmen dürfen, hat sich seit langem eine Mehrheit der Deutschen für die Ehe für alle ausgesprochen. Welch Glück, oder war es am Ende doch Kalkül?, dass die Kanzlerin verfrüht ein Interview gab. Sicher kennen auch Sie homosexuelle Menschen, die im Beruf hart arbeiten und sich für die Gesellschaft engagieren. Deren Diskriminierung endet nun, ohne dass dadurch Rechte andere Bürger eingeschränkt werden.

Wohnraum für alle

Grassau ist ein schöner Ort – so schön, dass viele Menschen hier leben wollen. Das ist einerseits sehr gut für uns. Jeder möchte gern dort leben, wo sich was rührt, wo der Ort jung geblieben ist, wo alle gute Möglichkeiten zum Leben haben. Anderswo, in den Südalpen zum Beispiel, sterben ganze Täler aus, die Jungen ziehen weg. Zurück bleiben dann sterbende Orte mit alten Bewohnern.

Grassau ist ein schöner Ort – nicht nur viele der Einheimischen schätzen ihn und wohnen hier gerne. Er ist so attraktiv, dass Menschen sogar eigens zu uns ziehen. Eigentlich ein Grund zur Freude.

Grassau ist ein schöner Ort – was uns aber zunehmend fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum. Seit vielen Jahren weist die Gemeinde Bauland nur noch im Rahmen von Modelllösungen aus, um Einheimischengrundstücke für junge Familien schaffen zu können. Dennoch ist die Wohnsituation angespannt.

Da hilft es nicht, Statistiken heranzuziehen, die dem Landkreis Traunstein ausreichend Wohnraum bescheinigen. Demnach soll sogar fast die Hälfte mehr an Woh-

nungen zur Verfügung stehen, als Bedarf bestünde.

Wie schön für den Landkreis, Grassau hilft das wenig. Es mag sein, dass in Schnaitsee oder Engelsberg Wohnungen leer stehen. Bei uns offenbar nicht. Wie anders erklärt sich, dass die Freiwillige Feuerwehr den Wegzug von Aktiven beklagt, die keine bezahlbare Wohnung finden? Die SPD legt deshalb großen Wert darauf, Möglichkeiten für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen.

Haben die anderen Fraktionen im Gemeinderat Angst davor, dass Grassauer nach Grassau ziehen? Warum bemühen sie Argumente, die zwar auf den Landkreis Traunstein zutreffen, nicht aber auf Grassau? Selbst wenn man berücksichtigt, dass auch Leute zuziehen: 300 Einwohner mehr sind kein Grund, Angst zu schüren. Zumal viele Grassauer Wohnungssuchende profitieren werden.

Eine Möglichkeit für bezahlbaren Wohnraum böte sich auf dem Areal des jetzigen Gewerbestands. Bereits zum zweiten Mal hat der Marktgemeinderat über Ideen der Investoren beraten. Nach Abbruch der Fabrikgebäude soll sich dort nach dem Willen des Marktgemeinderats wieder modernes Gewerbe ansiedeln. Das ist immens wichtig für Grassau, darin stimmen alle Fraktionen überein.

Darüber hinaus könnten neben Einfamilien- und Reihenhäusern auch Wohngebäude entstehen. Die Gemeinde sollte hier dringend ihren Einfluss geltend machen und auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bestehen. Dies allerdings sieht derzeit nur die SPD-Fraktion so.

Einzelhandel

Kürzlich wurde im Marktgemeinderat ein Einzelhandelskonzept vorgestellt. Es wurde in Auftrag gegeben, um auch künftig das Zentrum mit seinen zahlreichen Geschäften als lebendige Ortsmitte zu schützen. In neuen Bebauungsplänen, wie z.B. in der Neuordnung des Gewerbestands, können auf Basis dieser Untersuchung bestimmte Sortimente ausgeschlossen werden. Damit die Ortsmitte auch in Zukunft so belebt und abwechslungsreich bleibt, wie wir sie jetzt schätzen.

Die Untersuchung zeigte zunächst, dass das Einzelhandelskonzept aus dem Jahr 2002, das anlässlich der Ansiedlung von ALDI und LIDL erstellt worden war, voll aufgegangen ist. Trotz dieser beiden Schwergewichte am östlichen Ortsrand zeigt das Zentrum von Grassau auch 15 Jahre später seine volle Vitalität. Ausgeschlossen wurden seinerzeit Lederwaren, Schuhe, Textilien und weitere Lebensmittelmärkte. Weil Bürgermeister und Marktgemeinderat sich über Jahre konsequent an die Vorgaben hielten und keine Ausnahmen zuließen, blieb das Zentrum unberührt.

Das aktuelle Konzept folgt dieser Linie und gibt darüber hinaus Möglichkeiten zu einer feineren Differenzierung. Auch hier ist man wieder gut beraten, konsequent dieser

Linie zu folgen, um das Ortszentrum als Ganzes attraktiv zu halten. Darum sollen künftig sogenannte „Sortimente des Innenstadtbedarfs“ (dazu zählen beispielsweise Arzneimittel, Bekleidung, Optik, aber auch Haushaltswaren, Heimtextilien oder Schreibwaren) nur im Ortszentrum zulässig sein. „Sortimente des Nahversorgungsbedarfs“ sind darüber hinaus auch außerhalb des Zentrums zulässig. Ihre Verkaufsfläche ist aber auf maximal 400 m² beschränkt. „Sortimente des sonstigen Bedarfs“ sollen dagegen überall - auch mit größeren Verkaufsflächen - zulässig sein. Dass dabei neben Autoteilen, Sanitäreinrichtungen, Leuchten, Farben, Möbeln und Küchen auch explizit Baumarktartikel in der Untersuchung genannt werden, hat eine altbekannte Diskussion wieder befeuert.

Das Einzelhandelskonzept ist ein hervorragendes Instrument, um die Verödung des Zentrums zu verhindern. Es ist aber kein Instrument, um Konkurrenz auszuschalten. Das ist nicht Aufgabe des Marktgemeinderats.

Ob mit oder ohne Baumarkt: Die SPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, das Ortszentrum so lebendig zu halten, wie es ist, und dabei allen Bürgerinnen gute Einkaufsmöglichkeiten offen zu halten.

Neubau eines Logistikzentrums sichert Arbeitsplätze in Grassau

Mit der Entscheidung der Firma Katek, an ihrem Standort Grassau ein neues Logistikgebäude zu erbauen, werden auch die bestehenden ca. 400 Arbeits- und 30 Ausbildungsplätze im Achtental langfristig gesichert. Auf einem Teilgelände des ehemaligen Grassauer Bahnhofs bzw. der Holzhandlung Schwaiger plant die Firma Katek mit einem Aufwand von 10 Millionen Euro ihren Standort in Grassau zukunftsfähig zu gestalten und hierfür Produktion und Logistik zusammenzulegen.

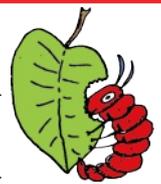


Baustelle für das Katek Logistikzentrum

Durch den vorausschauenden Ankauf des ehemaligen Bahnhofsgeländes und den Verkauf an die Firma Katek hatte die Marktgemeinde die Voraussetzungen für den Neubau und die Sicherung der zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätze am Ort geschaffen.

Zudem stellte sie auf Pacht für die nächsten Jahre ein verbliebenes südlich davon liegendes Grundstück als Parkplatz zur Verfügung. Mit dieser Entscheidung war es für die Firma auch möglich schon jetzt mit dem Bau zu beginnen, also schon bevor die Entscheidungen über die Zukunft des Gewerbegebietes im ehemaligen Körtinggelände gefallen sind. So muss auch die Entscheidung für ein Parkhaus im neuen Gewerbegebiet nicht mehr abgewartet werden.

G'wissenswurm



Kann sich jemand daran erinnern, dass der Tennbodenbach über die Ufer getreten ist?

Egal mit wem ich spreche, ob Feuerwehrler oder ältere Mitbürger, niemand kann sich an ein solches Ereignis erinnern.

Nach der Durchführung von Berechnungen durch das Wasserwirtschaftsamt Traunstein vor rund einem Jahr erfolgte die Sicherung des Überschwemmungsgebietes am Tennbodenbach und eine damit einhergehende Veränderungssperre. Fast der komplette Ortsteil Oberdorf und noch viele andere Teile von Grassau sind davon betroffen und dementsprechend eingeschränkt.

Zwar war die Behörde mehrfach auf den verwucherten und ungepflegten Zustand des Baches und die damit verbundene Verengung des Bachquerschnitts hingewiesen worden. Eine entsprechende Bachräumung durch das Wasserwirtschaftsamt erfolgte aber erst nachdem das Überschwemmungsgebiet festgesetzt worden war. Also als das Kind bereits im Brunnen – sprich im Bach – lag.

Wieso werden nicht jetzt, aufgrund der nach der Bachräumung verbesserten Verhältnisse am Bach, neue Berechnungen durchgeführt?

Projekte wie der Neubau eines modernen und ansprechenderen Altenheims mit mehreren Gebäuden für betreutes Wohnen sind neben anderen durch diese Festsetzung gefährdet. Ein Projekt, das insbesondere für die ältere Bevölkerung in Grassau wichtig ist. Immerhin haben die Bürger bei einer Befragung mit rund drei Viertel der abgegebenen Stimmen diesem Vorhaben zugestimmt.

Das Wasserwirtschaftsamt hat angekündigt noch in 2017 Planungen vorzulegen, um mit baulichen Maßnahmen im Jahr 2020 das Gebiet so abzusichern, dass die betroffenen bebauten Gebiete außerhalb der festgesetzten Flächen liegen.

Ich bin gespannt wohin uns diese Reise führen wird, hoffentlich ist eine Lösung für alle Seiten zu finden, ohne großen Flächenverbrauch und ohne große Beeinträchtigung für die bereits bebauten Flächen.

Neuer SPD-Vorstand

Tobias Gasteiger wurde auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Grassau im Mai zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Julian Denk ab, der sich aus beruflichen Gründen vom Vorsitz zurückzieht.

Denk bleibt der Vorstandschaft neben Marktgemeinderätin Marina Gasteiger und Bürgermeister Rudi Jantke als einer von drei gleichberechtigten Stellvertretern erhalten. Ebenfalls wiedergewählt wurden Kassierin Sabine Jantke, Schriftführer Dr. Dieter Hahn und Pressereferent Stefan Kattari, der auch der neue Frakti-



Der neugewählte Vorstand des SPD-Ortsvereins Grassau: (v.l.) Rudi Jantke, Julian Denk, Marina Gasteiger, Sabine Jantke, Stefan Kattari (in zweiter Reihe), Tobias Gasteiger, Dieter Hahn. Foto Kattari

onssprecher ist. Als Beisitzer im erweiterten Vorstand bestimmte die Versammlung die Marktgemeinderäte Alfred Körner, Herbert Gschöderer, Olaf Gruß und Hans Hornberger sowie als Kultur- und Bildungsbeauftragten Dr. Hans Grabmüller und als Seniorenbeauftragten Rudi Klingler. Petra Bämayer und Richard Schreiner wurden als Revisoren bestätigt.

Der Grassauer SPD attestierte Bürgermeister Rudi Jantke bei dieser Versammlung eine blendende Verfassung. So sei die Mischung aus engagierter Jugend und großer Erfahrung sehr gut gelungen. Jantke bezeichnete dies als beste Basis für die kommende Kommunalwahl in drei Jahren.

Rätsel:

Vor Ihnen liegt die **50. Ausgabe** unserer Zeitung "Links der Ache". Fünfzig mal haben wir aktuelle Themen aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik für Sie zusammengestellt.

Frage: Wann erschien die erste Ausgabe?

- 1956 ?
 1979 ?
 1988 ?

Wenn Sie wissen, in welchem Jahr die "Links der Ache" zum ersten Mal erscheinen ist, kreuzeln Sie Bitte die entsprechende Jahreszahl an und schicken diese Seite ausgefüllt mit Ihren Absenderangaben an uns.

Einsendeschluss ist Donnerstag, der 22.9.2017, 18 Uhr. Die ersten 10 Einsender der richtigen Lösung erhalten einen schönen Preis.

Sie möchten nicht nur zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Tobias Gasteiger, Tel. 0151 18460545 oder 6996956 oder an ein SPD-Mitglied, das Sie persönlich kennen, oder schriftlich an den SPD-Ortsverein Grassau:

- Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau.
 Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt bekommen.
 Ich möchte Mitglied der SPD werden.

Absender:

.....
 Vorname, Name, ggf. Telefon, E-Mail Adresse

An

.....
 Straße, Ort
 SPD - Ortsverein Grassau
 Tobias Gasteiger
 Oberdorf 17
 83224 Grassau

Grassau
SPD

50. Ausgabe!